

Das Dilemma der Politik

Die Agrarpolitik von Engelbert Dollfuß

Das Problem

Kein österreichischer Politiker der Zwischenkriegszeit ist bis heute so umstritten wie Engelbert Dollfuß: für die Linke ein ‚Faschist‘, für die Rechte ein ‚Widerstandskämpfer‘ gegen den Nationalsozialismus, der seine Verantwortung für das Ende der Demokratie in Österreich mit dem Tod gebüßt hatte.¹

Besser weg kam der Agrarpolitiker. Der ehemalige Schutzbundkommandant Julius Deutsch strich 1964 in der Zeitschrift *Forum* die Konsenspolitik des Landwirtschaftministers Dollfuß mit den Sozialdemokraten heraus.² James William Miller entwarf ein sehr komplexes Bild dieses Agrarpolitikers, das seine europäische Bedeutung in seiner zupackenden, innovativen Agrarpolitik herausarbeitete.³ Die Welt der Bauern mit dem Zentrum des Hofes formte Dollfuß' Sicht von Geschichte und Gegenwart, die Bauern als Kernschicht der Gesellschaft, die Bauern als Träger deutscher Sitte und des katholischen Glaubens.⁴ Hinzu traten der Einfluss des antikapitalistischen Denkens der katholischen Soziallehre Karl von Vogelsangs und der päpstlichen Sozialzyklen, der Einfluss Othmar Spanns und der deutschen Agrarschule mit ihren ständischen und genossenschaftlichen Elementen.

Dollfuß wurde in einer traditionellen „Bauerndemokratie“ sozialisiert, mit ihren autoritären und demokratischen Strukturen – politische Legitimation durch Wahlen, aber autoritärer Politikstil der Agrararistokratie –, weiters in einem ausgeprägten Patron-Klientelwesen, das die Lebenswelten und das politische System durchdrang, beide jedoch flexibel genug, um sich dem demokratischen oder autoritären Modell der Politik anzupassen.⁵ Nicht zu übersehen waren seine Erfahrungen als Offizier im Ersten Weltkrieg, mit der „Frontgemeinschaft“ einerseits, als „Stoßtruppführer“ andererseits, der in extremen Situationen rücksichtslos Führung und Verantwortung übernimmt. Und der Krieg forderte Opfer. Bauernpolitik, das betonte Dollfuß als Direktor der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer 1927, sei keine bürokratische Aufgabe, sondern gebe dem Leben eines Mannes seinen Sinn, denn die größte Ehre des Mannes bestehe in der Pflichterfüllung.⁶

Die Weltwirtschaftskrise Anfang der Dreißigerjahre löste den tiefsten Strukturbruch der westlichen Industriegesellschaft aus, begleitet von einer tiefen Krise der Agrarwirtschaft.⁷ Diese ökonomischen Krisen trieben die demokratische Politik in ein Dilemma. Die eine Dimension des Dilemmas bestand darin, dass kurzfristige Interessen der Bauern preisgegeben werden mussten, um ihre langfristigen Interessen zu sichern. Das andere Dilemma lag im Kern der Demokratie, der Abhängigkeit der Regierenden von den Regierten; die Elitenpolitik wurde von der Bevölkerung bei den nächsten Wahlen bewertet. In den Dreißigerjahren kam ein weiteres Dilemma hinzu. Antidemokratische politische Bewegungen wie Heimwehren und Nationalsozialisten nutzten die Krise, um in einer populistischen Politikstrategie die Bevölkerung gegen die Regierung und gegen die Demokratie zu mobilisieren.

Grundsätzlich besteht dieses Dilemma als Konflikt zwischen kurzfristigen und langfristigen Interessen auch heute, bei der Sicherung der Pensionen, bei der Gesundheitspolitik, bei der Umweltpolitik.⁸ Das Dilemma kann im System der Demokratie nur gelöst werden, wenn es den Regierenden gelingt, die Bevölkerung zu überzeugen, dass es sinnvoll sei, kurzfristige Interessen zurückzustellen, um langfristige Interessen zu sichern. Das freilich ist auch in einer Konsumgesellschaft alles andere als einfach. Ich werde versuchen, dieses Problem am Beispiel der Agrarpolitik von Engelbert Dollfuß etwas genauer zu analysieren. Im Zentrum soll die Regulierung des Milchmarktes stehen und, entsprechend der Zielsetzung dieses Bandes, die Reaktion der Salzburger Bauern.

Der Agrarexperte

Seit 1927 war Engelbert Dollfuß Direktor der einflussreichen niederösterreichischen Landwirtschaftskammer – in der demokratischen Phase ein fachlich kompetenter, innovativer, konsensorientierter, durchschlagskräftiger Agrarexperte, der seine autoritären Neigungen noch zu zügeln verstand. Aber bereits bei der Durchsetzung des von ihm mitkonzipierten Landarbeiterversicherungsgesetzes 1928, das auf beträchtlichen Widerstand in der bäuerlichen Bevölkerung stieß, brach seine patriarchalisch-autoritäre Einstellung durch. Einmal musste er aus einem Dorfwirtshaus fliehen, als er den aufgebrachten Bauern sein Programm zu erklären versuchte.⁹ Das war genau jenes oben genannte Dilemma der Politik.

Zielstrebig begann Dollfuß, seit 1931 Agrarminister der Regierung Buresch, gegenüber der alten Politik der Zollerhöhungen eine neue Politik der Staatsintervention und der Marktregulierung durchzusetzen. Diese neue Politik bestand aus einem differenzierten Modell von Abschöpfungen, Importverboten, Kontingentierungen, Aufbau von Fonds. Diese neue Politik war zu diesem Zeitpunkt noch demokratisch legitimiert und sozialpartnerschaftlich abgesichert.¹⁰

Die ungleiche Marktposition der Milcherzeuger, bedingt durch Nähe oder Ferne zu urbanen Zentren, das Vorhandensein von Molkereien, in den Gebirgsagargebieten ein schwieriges Aufbauprogramm, die Milchschwemme und die Schleuderkonkurrenz der Molkereien veranlassten den Landwirtschaftsminister, zuerst in diesem Sektor ordnend einzugreifen. Im Sommer 1931 stand der Milchausgleichsfonds – zunächst ohne Arbeiterkammer, nach Drohungen der Sozialdemokratie mit ihr.¹¹ Dollfuß verteidigte diese Maßnahmen, die er ohne Scheu planwirtschaftlich nannte, mit der traditionellen Bauernideologie. Es gelte, den Grundstock der heimischen Wirtschaft und des heimischen „Volkstums“ sicherzustellen.¹² Das ökonomische Ziel, einen stabilen Preis für die Milch zu erreichen, wurde strategisch durch den Appell an das traditionelle Bauerntum abzusichern versucht. Die Gegner standen im wirtschaftsliberalen Flügel der eigenen christlichsozialen Partei, der jeden Staatseingriff in den inneren Markt mit Misstrauen beobachtete.¹³ Vor allem aber wehrten sich die Bauern selbst, die pro Liter Frischmilch zwei Groschen in den Fonds einzahlen mussten, als Unterstützung für stadtferne Milchproduzenten. In den Versammlungen trafen die Bauernführer auf erbitterten Widerstand. Zum einen brach wieder das alte Misstrauen der Bauern gegen die Obrigkeit durch. Ein verzweifelter Bauer in der Steiermark rief bei einer Versammlung immer wieder: „Die Oberen sind alle Diebe.“ Eine Gruppe von Bauern in der Nähe von Amstetten schrieb an das Ministerium: „Ob wir nun Milch erzeugen und dann nichts verdienen oder ob

wir unsere Milchproduktion einstellen und so zugrunde gehen, ist uns zu guter Letzt gleich.“¹⁴ Zum anderen versuchten die oppositionellen Nationalsozialisten, die ihre politische Durchbruchphase erlebten, weitere Unruhen gegen die Regierung zu schüren.

Die Zeitung

Seit 1923 erschien die Wochenzeitung *Der Salzburger Volksbote* im Salzburger Pressverein als eine katholisch-agrarische Zeitung für die ländliche Bevölkerung. Schriftleiter war der Priester und Sekretär des Katholischen Bauernbundes Michael Schusterbauer. Bauern lasen kaum Tageszeitungen; ein Wochenblatt hingegen, das mit einer Weltrundschau begann, über Staat und Land berichtete, Verbrechen, Katastrophen, Unfälle und Sensationen nicht ausließ, ebenso aber einen soliden Informationsteil über Agrarmärkte, Viehpreise, Steuerfragen enthielt, über die Vereine informierte, ein Plauderstübchen eingerichtet hatte und Sachfragen kompetent beantwortete, somit Informations- und Tratschbedürfnis gleichzeitig bediente, eine solche Wochenzeitung kam gut an und war auch ökonomisch erfolgreich. Bei zirka 15.000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Land Salzburg kann eine Auflagenhöhe von 12.000 Stück als flächendeckend angesehen werden. Die Bauern konnten offenbar von der Redaktion überzeugt werden, dass ein Mensch ohne Zeitung „taub, blind und stumm“ sei, eine unchristliche Zeitung halten, jedoch die „Seele verderben“ und „den Nachwuchs im Mark zu vergiften“ bedeute.¹⁵ Der ideologisch-politische Standpunkt hieß: gut österreichisch und gut deutsch, vor allem aber gut katholisch.¹⁶ Der *Salzburger Volksbote* war somit kein reines Agrarfachblatt, deckte ein breites Informations- und Unterhaltungsbedürfnis ab, brachte jedoch immer die politische Haltung des Katholischen Bauernbundes zur Geltung. Die Zeitung trat seit 1930 entschieden gegen die Heimwehr und noch heftiger gegen den Nationalsozialismus auf. Die Sprache schöpfte aus den Erfahrungen der ländlichen Welt, aus den Sprichwörtern und dem Spruchgut; als Priester nutzte der leitende Redakteur häufig die Rhetorik der Sonntagspredigt, die Sprache war deftig, direkt, manchmal derb.

Bauernnot und Bauernprotest

Die Konturen der Agrarkrise sind bekannt.¹⁷ Der Agrarkomplex verstand es auch, die „Bauernnot“ in allen Medien und auf allen politischen Ebenen im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dennoch verselbstständigte sich der Bauernprotest und richtete sich gegen die Unfähigkeit des ganzen herrschenden Systems, somit gegen die Demokratie. Der Protest war noch diffus, wurde aber von den rechtsradikalen Bewegungen gezielt ausgenutzt. Zu einem Massenprotest der Gebirgsbauern in St. Johann im Pongau, vom Postwirt Jörg Steinbacher am 4. Oktober 1931 organisiert, kamen 3.000 Personen, in Pferdewagen und auf Lastautos, mit Fahrrädern, per Bahn und zu Fuß. Als Redner traten „Hahnenschwänzler“, wie die Heimwehr genannt wurde, Nationalsozialisten und auch ein Kommunist auf, der allerdings vom Pult weggezerrt wurde; ebenso konnte der Vertreter des Bauernbundes wegen der Krawalle seine Rede nicht beenden. Eine Resolution forderte die Reservierung des inländischen Marktes für die österreichischen Bauern, die Festlegung von Höchstgehältern für alle Spitzenpositionen, Abbau von Bürokratie, Lohnsenkungen, Entpolitisierung aller Regierungsstellen, die

Wiedereinführung der Todesstrafe. Der Duktus der Resolution war autoritär, antidemokratisch und antisozialistisch.¹⁸

Der Katholische Bauernbund reagierte auf diese Proteste mit ständigen Warnungen vor den Hetzern, Maulhelden und Hohlköpfen: „Es ist sehr leicht zu kritisieren und für Regierungs- und Volksvertreter Galgen aufzustellen, aber es ist sehr schwer, etwas besser zu machen.“¹⁹ Die Komplexheit der modernen Agrarwirtschaft erlaube keine rasche Lösung. Mit Gegenversammlungen, welche die Protestresolutionen fast wörtlich übernahmen, mit Delegationen zur und Verhandlungen mit der Regierung. Mit Hinweisen auf die weltweite Agrarkrise, in anderen Ländern sei die Lage der Bauern noch schlechter, mit Verteidigungen der Anstrengungen der Agrarvertreter und der Regierung das Menschenmögliche zu machen, sollte der hoch emotionalisierte Protest auf eine rationale Ebene gehoben werden. Mit der Beschwörung der Einheit des Bauerntums sollte das Agrarinteresse geschlossen gegen die Stadt, die Arbeiterschaft und den Konsumenten verteidigt werden.

In diesen rhetorischen Strategien wirkte der selbstkritische Satz eines jungen Bauern eher als Fremdkörper: „Uns Bauern geht es schlecht, aber wir haben trotz alledem noch zu leben und eine sichere Wohnstätte, aber dem Arbeitslosen fehlt oft genug beides.“²⁰ Eher im Strom der Mehrheitsmeinung schwamm der Leserbrief eines anderen Bauern, der von der Redaktion in Einschüben oberlehrerhaft kommentiert wurde: „Mit Schönreden und Herumfahren ist uns nicht gedient, jetzt sollen die Volksvertreter und Vereinigungen und Politik sich einmal um das Volk kümmern, und zwar sehr rasch [...]. Wenn uns nicht bald geholfen wird, bringen wir bei den nächsten Wahlen selbst den bravsten Bauern nicht mehr zur Wahlurne.“²¹

Ein knappes Jahr später fanden tatsächlich Landtagswahlen in Salzburg statt. Der hoch emotionalisierte Wahlkampf zeigte einen völlig neuen Stil der politischen Propaganda. Die Nationalsozialisten überrollten das Land nicht nur mit einer beispiellosen Versammlungslawine, mit Fahnen, Musik, Uniformen; sie durchkämten Haus für Haus und entwickelten eine beträchtliche Fantasie bei ihren Aktionen; sie griffen pausenlos die alten Eliten an: wie sie lebten, wo sie wohnten, was sie verdienten, mit wem sie verkehrten.²² Eindeutige Sieger der Landtagswahlen 1932 waren die Nationalsozialisten, sie erreichten einen Wähleranteil von 16 Prozent der Wahlberechtigten. Die christlichsoziale Partei verlor in den agrarischen Gebirgs-gauen Pongau und Pinzgau 10 Prozentpunkte. Zwar konnte der Einbruch der Nationalsozialisten in das bäuerlich katholische Kernmilieu abgewehrt werden, wie eine genaue Mikrostudie gezeigt hat, aber die Christlichsozialen verloren stark an die Partei der Nichtwähler.²³ Wie immer man dieses Ergebnis interpretiert: Es zeigt zumindest, dass das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der demokratischen Politik bei der ländlichen Bevölkerung tief erschüttert war. Autoritäre Politikmuster gewannen an Attraktivität.²⁴

Der Milchmarkt

Von der beschworenen Bauerneinheit war am Milchmarkt wenig zu bemerken, wo „der Nachbar der schärfste Konkurrent des Nachbarn war“²⁵. Zwar waren die Molkereien und Milch-Genossenschaften in Österreich mit Hilfe der Völkerbundanleihe zwischen 1925 und 1928 von 788 auf 1.328 angestiegen.²⁶ Aber ökonomische Chancen hatten nur Molkereien in der Umgebung der Großstädte. So gab es etliche Fehlstarts mangels Sachkenntnisse, wie im Gasteinertal, welche die Genossenschaftsmitglieder mit unbezahlbaren Schulden zurückließen.²⁷

Die Bauern in der Umgebung der größeren Städte wehrten sich gegen einen Molkereizwang. Hier herrschten noch ziemlich altertümliche Verhältnisse: Direktbelieferung zu den Häusern, kleine Milchverteilungsstellen, Einzellieferanten („Milchmeier“ und „Milchmoarinnen“), die mit zweirädrigen Karren durch die Stadt fuhren und aus ihren Pritschen frische Milch verkauften. Als der 1931 gegründete „Verband der bäuerlichen Milchverwertungsgenossenschaften für Salzburg und Umgebung“ eine größere Privatmolkerei in Itzling kaufte, musste der Betrieb bereits nach einem Jahr wieder verpachtet werden. Die Genossenschaftsmolkerei deckte lediglich 20 Prozent des Frischmilchbedarfs der Stadt Salzburg ab.²⁸

Diese Realverhältnisse erklären die Politik des Salzburger Bauernbundes. Zunächst die Absperrungsversuche gegenüber der benachbarten oberösterreichischen Milchwirtschaft, die, so die Salzburger, mit „Schleuderkonkurrenz“ auf den Salzburger Markt drängten. Die bürgerliche Presse konterte mit dem Vorwurf des bäuerlichen „Milchwuchers“.²⁹ Dann die heftige Opposition gegen das „Milchregulativ“, das den Pasteurisierungszwang durchzusetzen versuchte. Die strengeren Hygienevorschriften, heißt es, dienten nur den Interessen der großen Molkereien, die sich lästige Konkurrenten vom Hals zu schaffen versuchten. Das waren noch halbwegs rationale Argumente. Doch die Polemik gegen das Milchregulativ griff dann auf die Aussage eines anonymen Arztes zurück, der die Pasteurisierung der Milch als unnötig bezeichnet hatte; überhaupt sei diese Angst vor Bakterien eine städtische Hysterie.³⁰

Als dann Landwirtschaftsminister Dollfuß den Milchausgleichsfonds etablieren wollte, opponierten die Bauern der westlichen Bundesländer mit aller Vehemenz. Die Landesregierungen, die Landwirtschaftskammern und die Bauernbünde lehnten den Milchausgleichsfonds ab.³¹ Die Missstimmung der kleinen Milchproduzenten bezog sich auf die Zwangsabgabe, auf den notwendigen bürokratischen Apparat, auf jede Veränderung generell. Dollfuß musste nachgeben, und das Gesetz galt nur für die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland und Oberösterreich. Erst als sich der Ruf Dollfuß' als starker Agrarpolitiker auch im Westen gefestigt hatte, als mit dem Viehverkehrsgesetz auch die westlichen Bauern den Wiener Markt beliefern konnten, als die autoritäre Phase der Politik begann, konnte das Gesetz 1933 durch eine Verordnung des Ministeriums im gesamten Bundesgebiet durchgesetzt werden.³²

Alternativen zur Marktregulierung?

Fest steht, dass die Stabilisierung der Agrarpreise auf Kosten der Konsumenten ging. Gab es reale historische Alternativen? Liberale Agrartheoretiker orientierten sich am holländischen Beispiel und schlugen die Konzentration auf Viehwirtschaft und Veredelung ihrer Produkte vor. Das war ein langfristiges Programm und wohl kein Ausweg aus der herrschenden Agrarkrise. Der sozialdemokratische Vorschlag der Monopolwirtschaft wäre politisch, wie die Dinge lagen, nicht durchsetzbar gewesen.³³ Der *Volkswirtschaftliche Aufklärungsdienst* nannte die tatsächliche Alternative sehr klar. Erstens, der wirtschaftsliberale Weg: „Senkung der Lebensmittelpreise auf das Weltmarktniveau und dementsprechend verstärkte industrielle Ausfuhrmöglichkeiten.“³⁴ Zweitens, der protektionistische Weg der Marktregulierung zugunsten der Landwirtschaft: „Ausnützung aller landwirtschaftlichen Produktivquellen bei entsprechender Verteuerung der Lebenskosten und verminderten industriellen Ausfuhrchancen.“³⁵ Der *Volkswirtschaftliche Aufklärungsdienst* legte auch den jeweiligen Preis fest. Der erste Weg „bedeutet die Opferung aller jener landwirtschaftlichen Betriebe, die im Ausland nicht voll-

kommen wettbewerbsfähig sind“³⁶. Der zweite Weg führt zur „Einschränkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Ausfuhrverkehr“³⁷. Die radikal liberale Lösung hätte das Ende der österreichischen Bauernschaft bedeutet. Das wäre langfristig eine ökologische Katastrophe gewesen und hätte kurzfristig die Bauern entschieden in die Arme der Nationalsozialisten getrieben. Engelbert Dollfuß war sich dieses Dilemmas durchaus bewusst, als er bereits als Bundeskanzler bei seiner großen Rede in Wels sagte: „Man kann die Interessen der Landwirtschaft nicht einseitig loslösen aus den Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft.“³⁸ Tatsächlich hatte er sich längst für den zweiten Weg entschieden.

Die historische Forschung, vor allem Gerhard Senft im folgenden Beitrag, hat die negativen Folgen dieser Politik klar herausgearbeitet: das Unterlaufen der Marktregulierung durch Schleuderpreise und Milchschnuggel, das Versagen bei der Hebung des Konsums der städtischen Bevölkerung.³⁹ Aber betrachtet man den historischen Kontext, nicht nur das ökonomische, sondern auch das politische und kulturelle Feld, waren die Politik der Produktionseinschränkungen und die Politik der Schaffung geschützter Märkte allesamt nur „Absurditäten“⁴⁰ Ich bezweifle das! Der Transfer der Agrarbevölkerung aus dem primären in den sekundären und tertiären Sektor konnte in einer prosperierenden Gesamtwirtschaft weitaus leichter vonstatten gehen als am Tiefpunkt einer ökonomischen Krise, gekoppelt mit einer überhitzten politischen Krise. Der historische Streit darüber wird hoffentlich weitergehen.

Anmerkungen

- 1 Robert Menasse, Warum dieser? in: Der Standard, 12. Februar 2004, 30; Gottfried-Karl Kindermann, Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933–1938, München 2003; Eva Dollfuß, Mein Vater. Hitlers erstes Opfer, Wien 1994.
- 2 Julius Deutsch, Dollfuß. Diktator aus Schwäche, Wien 1934, in: Forum 126/127 (1964).
- 3 James William Miller, Engelbert Dollfuß als Agrarfachmann. Eine Analyse bäuerlicher Führungsbegriffe und österreichischer Agrarpolitik 1918–1934, Wien 1989.
- 4 James William Miller, Engelbert Dollfuß and Austrian Agriculture, in: Contemporary Austrian Studies 11 (2003), 122–142, hier 124.
- 5 Miller, Engelbert Dollfuß als Agrarfachmann, wie Anm. 3, 55–71; Miller, Engelbert Dollfuß and Austrian Agriculture, wie Anm. 4, 124; Ernst Hanisch, Die Politik und die Landwirtschaft, in: Ernst Bruckmüller u.a., Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wien 2002, 15–189, hier 115.
- 6 Zit. nach: Miller, Engelbert Dollfuß and Austrian Agriculture, wie Anm. 4, 130; Eva Dollfuß, Mein Vater, wie Anm. 1, 56.
- 7 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, 257–283.
- 8 Gleichzeitig artikuliert sich auch heute eine Skepsis gegenüber der Demokratie: Andreas Unterberger, Die – fast – unerträglichen Folgen der Demokratie, in: Die Presse, 3. April 2004, 2; Robert Menasse, Wir brauchen Ketzer, Die Zeit, 4. März 2004, 54.
- 9 Miller, Engelbert Dollfuß and Austrian Agriculture, wie Anm. 4, 131; Ernst Bruckmüller, Vom „Bauernstand“ zur „Gesellschaft des ländlichen Raumes“, in: Ders. u.a., Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, wie Anm. 5, 409–591, hier 467.
- 10 Ernst Bruckmüller, Interessenvertretung der Bauern, in: Emmerich Tálos u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 353–370, hier 361.
- 11 Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, 29. Mai 1931, 905.
- 12 Ebd., 1306.
- 13 Ebd., 22. Oktober 1931, 1310.

- 14 Miller, Engelbert Dollfuß als Agrarfachmann, wie Anm. 3, 127.
- 15 Martina Swoboda, *Der Salzburger Volksbote. Ein Beitrag zur Salzburger Mediengeschichte, unveröffentlichte gw. Dissertation, Salzburg 1998, 150; Hans Spatzenegger, „Der Kirche und der Gesellschaft zu dienen.“ Geschichte des Salzburger Pressvereins, Salzburg 2003.*
- 16 Swoboda, *Der Salzburger Volksbote*, wie Anm. 15, 178.
- 17 Ulrich Kluge, *Bauern, Agrarkrise und Volksernährung in der europäischen Zwischenkriegszeit. Studien zur Agrargesellschaft und -wirtschaft der Republik Österreich 1918 bis 1938*, Stuttgart 1988, 263–265; Gerhard Ammerer/Josef Lemberger, *Vom Feudalverband zur Landwirtschaftskammer. Agrarische Kooperations- und Organisationsformen in Salzburg vom Beginn der Neuzeit bis heute*, Salzburg 1992, 186–189; Gerhard Senft, *Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938*, Wien 2002, 423–448.
- 18 *Salzburger Volksbote*, 11. Oktober 1931.
- 19 *Salzburger Volksbote.*, 25. Oktober 1931, Beilage: 25 Jahre Katholischer Bauernbund.
- 20 *Salzburger Volksbote*, 6. Dezember 1931.
- 21 *Salzburger Volksbote*, 4. Oktober 1931.
- 22 Ernst Hanisch, *Die Erste Republik*, in: Heinz Dopsch/Hans Spatzenegger (Hg.), *Geschichte Salzburgs. Stadt und Land.*, Bd. II/2, Salzburg 1988, 1057–1120, hier 1108 f.; Ders., *Die christlich-soziale Partei für das Land Salzburg 1918–1934*, in: *Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde* 124 (1984), 477–496.
- 23 Laurenz Kirsch, *Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten in der Spätphase der Ersten Republik im Pongau und Pinzgau*, in: *Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde* 140 (2000), 215–268.
- 24 R. John Rath, *The Dollfuß Ministry: The Democratic Prelude*, in: *Austrian History Yearbook* 29 (1988), 161–194; R. John Rath, *The Demise of the Nationalrat*, in: *Austrian History Yearbook* 32 (2001), 125–148.
- 25 Konrad Erker, *Von Maria Theresia zur EU. Geschichte und Wirken der landwirtschaftlichen Berufskörperschaft Kärntens im Spiegel der eigenen Presse*, Klagenfurt 2003, 593.
- 26 Senft, *Im Vorfeld der Katastrophe*, wie Anm. 17, 429.
- 27 *Der Salzburger Volksbote*, 28. August 1931.
- 28 Ammerer/Lemberger, *Feudalverband*, wie Anm. 17, 192.
- 29 *Der Salzburger Volksbote*, 11. Jänner 1931, 25. Jänner 1931, 1. Februar 1931, 8. Februar 1931.
- 30 *Der Salzburger Volksbote*, 1. März 1931, 15. März 1931, 12. April 1931.
- 31 *Der Salzburger Volksbote*, 31. Mai 1931, 5. Juli 1931.
- 32 Senft, *Im Vorfeld der Katastrophe*, wie Anm. 17, 430.
- 33 *Ebd.*, 426 f.
- 34 *Zit. nach: Senft, Im Vorfeld der Katastrophe*, wie Anm. 17, 441.
- 35 *Ebd.*
- 36 *Ebd.*
- 37 *Ebd.*
- 38 *Der Salzburger Volksbote*, 21. August 1932.
- 39 Senft, *Im Vorfeld der Katastrophe*, wie Anm. 17, 423–448.
- 40 *Ebd.*, 440.